

Winfried Böll

Entwicklungspolitik und Gewerkschaften 1972

Winfried Böll, geboren am 12. Januar 1925 in Lippstadt in Westfalen, studierte Rechtswissenschaften und Soziologie in Bonn, München und Köln. Er war u. a. Geschäftsführer der Carl-Duisberg-Gesellschaft und interimistisch Geschäftsführer des Deutschen Entwicklungsdienstes. Seit 1968 arbeitet er im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und leitet dort die Abteilung III „Fachliche und personelle Fragen der Entwicklungshilfe, Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft sowie öffentlichen und privaten Institutionen“. Mitglied der Gewerkschaft ÖTV.

Das Elend ist größer geworden

Nach mehr als 15 Jahren wachsender Entwicklungshilfeleistungen muß der Präsident der Weltbank *Robert S. McNamara* bei der Welthandelskonferenz in Santiago de Chile zugeben: „Der Stand der Entwicklung in einem Großteil der Entwicklungsländer ist heute untragbar und verschlimmert sich zusehends.“ Er gibt vor allem einseitigen ökonomischen Zielsetzungen und Maßstäben — Wachstum des Bruttosozialprodukts und Pro-Kopf-Einkommen — die Schuld und fährt fort: „Heute, am Eingang des zweiten Entwicklungsjahrzehnts, beginnt man, die Fehler der Vergangenheit zu erkennen, doch haben bisher weder die Industrieländer noch die Entwicklungsländer Anstalten getroffen, sie auszuräumen.“ Er folgert daraus — was

lange vor ihm Leute wie *Gunnar Myrdal* und immer wieder die deutschen Gewerkschaften gefordert haben, „im Endeffekt ist aber die Verbesserung des Lebens der Einzelpersonen in der großen Masse der Menschen der wahre Sinn und Zweck der Entwicklungsarbeit“. Tatsache ist, daß unbestreitbare Erfolge einzelner Projekte und Maßnahmen vor allem den wenigen Reichen genutzt haben, dazu noch einer breiteren mittleren Schicht, überhaupt nicht aber den 40 Prozent der Ärmsten in Asien, Afrika und Lateinamerika, immerhin hundert Millionen von Menschen. Das Elend hat sich fast überall vermehrt. Abhängigkeit, Ausbeutung und soziale Spannungen weiter verschärft. Vom Entwicklungsoptimismus der sechziger Jahre blieb nichts, und die Verantwortlichen geben es zu¹⁾. Sie nehmen *U Thants* Feststellung von 1969 ernst, der den Nationen danach noch ein Jahrzehnt Zeit gab, wirksam zusammenzuarbeiten, „um das Wettrüsten zu stoppen, den menschlichen Lebensraum zu verbessern, die Bevölkerungsexplosion niedrig zu halten und den notwendigen Impuls zur Entwicklung zu geben. Wenn eine solch weltweite Partnerschaft innerhalb der nächsten zehn Jahre nicht zustande kommt, so werden, fürchte ich, die erwähnten Probleme derartige Ausmaße erreicht haben, daß ihre Bewältigung menschliche Fähigkeiten übersteigt.“

Nicht umsonst sind U Thants Worte dem Bericht des Clubs von Rom über den „Grenzen des Wachstums²⁾“ vorangestellt. Über Methoden und Ergebnisse solcher Arbeiten mag es wissenschaftlichen Streit geben. Die Begrenztheit irdischer Möglichkeiten, auf den alten Gleisen eines „Fortschritts“ weiterzufahren, der am unaufhörlich beschleunigten Wachstum von Gütererzeugung und Einkommenssteigerung gemessen wird, ist mehr und mehr erkannt³⁾. Der Anspruch aller Menschen auf Teilhabe am *möglichen* Wachstum, an Bildung, Kommunikation und Entscheidung über Wege und Ziele von Kultur, Wirtschaft, Gesellschaften, wird kaum mehr bestritten. Unsere Einsichten sind zweifellos gewachsen, die internationale Strategie der UN für die zweite Dekade und die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesrepublik Deutschland vom Februar 1971 brachten Fortschritte zu theoretischer Übereinstimmung über die entscheidenden Entwicklungsziele. Die internationale Zusammenarbeit muß sich in einem Maßstab vollziehen, der der Größe der Aufgabe gerecht wird. Teilmaßnahmen und gelegentliche oder halbherzige Gesten, mögen sie noch so gut gemeint sein, reichen nicht, so Punkt 9 der Präambel des Beschlusses der UN-Vollversammlung vom 24. Oktober 1970. Eineinhalb Jahre danach tagte die Dritte Welthandelskonferenz in Chile; ihre mageren Ergebnisse geben den passenden Kommentar.

1) Erhard Eppler: „Wenig Zeit für die Dritte Welt“, Urban-Taschenbücher, Kohlhammer, Stuttgart 1971, Seite 7.

2) Dennis Meadows u. a.: Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972.

3) Erhard Eppler: Die Qualität des Lebens, Rede auf der 4. Internationalen Arbeitstagung der IG Metall am 11. 4. 1972 in Oberhausen. Vgl. auch: Udo Ernst Simonis, Auf der Suche nach einem neuen Indikator für wirtschaftlichen Wohlstand, Gewerkschaftliche Monatshefte 8/71.

„Außenhandel kann zufrieden sein, keine übereilten Maßnahmen, radikale Änderungen nicht zu erwarten“, meint das *Handelsblatt* vom 29. Mai 1972. „Entwicklungsländer sind enttäuscht“, lautet eine Zwischenüberschrift im selben Bericht. Außenhandel zufrieden. Entwicklungsländer enttäuscht. Genau so ist es. Nur, was heißt enttäuscht? Erhebliche finanzielle Leistungen, erfolgreiche Projekte nicht nur der zwischenstaatlichen, sondern auch der Kirchen, Stiftungen und gemeinnützigen Dienste, unbezweifelbare Fortschritte bei den Konditionen und größeres Entgegenkommen in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben mit den vorrangig aufzuzählenden Leistungen sicher weitaus größeres Elend verhindert, Entwicklungspolitik hat das allgemeine Bewußtsein für die Selbstverständlichkeit internationaler; Solidarität geschärft, ist lange nicht mehr bloße Funktion außenpolitischer und wirtschaftlicher Interessen. Sie hat aber die Hierarchie politischer Ziele in den Staaten und im Staatensystem unserer Erde noch nicht auf den Kopf stellen können. Noch sind Außen- und Wirtschaftspolitik nicht vornehmlich „weltinnenpolitischen“ Zielen verpflichtet. Die Beseitigung des Elends, der Ausbeutung und der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Erde ist noch keineswegs erste politische Aufgabe.

Wann nutzen die Gewerkschaften ihre Macht?

Um was streitet man sich in Bonn Ende 1972 bei Sparmaßnahmen für den Haushalt? Um Verteidigung, Bildung, Verkehr, Wohnungsbau, Gesundheit. Sorgen um Entwicklungspolitik? In den Schlagzeilen, Kommentaren, Fraktionsdebatten — kaum eine Spur davon! *Erhard Eppler*: „Der Abstand zwischen dem, was nötig wäre, und dem, was möglich und durchsetzbar ist, gehört zu den bedrückendsten Erfahrungen aller Entwicklungspolitik⁴).“

Was kann in dieser Lage der Ruf an die potentiell mächtigste Massenorganisation unseres Landes bringen? — Deutliche Worte müssen erlaubt sein. Wo blieb politisch wirksamer Druck auf stärkeres, deutsches und europäisches Entgegenkommen bei der Welthandelskonferenz? Wo bleibt eine in der Öffentlichkeit bemerkbare, auf das Verhalten der Wähler, auf Fraktionen und politische Spitzen durchschlagende Massenaufklärung der gewerkschaftlichen Mitglieder? Wo bleibt die Beseitigung des Widerspruchs von Solidaritätsbekundungen mit den Massen in den Elendszonen der Welt und einer tatsächlichen Sicht vorrangiger Interessen, die konkrete entwicklungspolitische Zugeständnisse auf Kosten zugegeben schmerzhafter Umstellungen etwa in der Beschäftigungsstruktur der Arbeitnehmer erschwert? Wie sonst könnten Firmenleitungen bei kritischer Behandlung von Förderungsanträgen (beispielsweise Garantien) für Exportgeschäfte damit drohen, ihre Belegschaftsvertreter in Richtung BMZ in Marsch zu setzen? Geben nicht Gewerkschaftsfunktionäre der Sicherung der Arbeitsplätze in vielleicht überlebten Wirtschaftszweigen noch immer Vorrang

4) Erhard Eppler: „Wenig Zeit für die Dritte Welt“, a. a. O., S. 120.

vor den verzweifelt auf Exportchancen angewiesenen Industrien der Dritten Welt? Wird nicht immer noch gefordert, daß die Interessen des deutschen Arbeitnehmers auch für die deutsche Entwicklungshilfe obenan stehen sollten, obwohl in unserem Land für Lohnabhängige die Chance freier Arbeitsplätze in anderen Sektoren — um den Preis schmerzhafter Umstellungen allerdings — gegeben ist, wogegen für die Kollegen in den armen Ländern als Alternative nur das Verhungern bleibt?

Selbstverständlich vereinfachen solche aggressiven Fragen die komplexen Gegebenheiten. Das BMZ hat in seinen für Presse und Öffentlichkeit bestimmten Materialien einen Auszug aus dem Bericht der Weltwirtschaftskonferenz des IBFG in Genf vom Juni 1971 veröffentlicht, der abgewogen und ausführlich solche Fragen und mögliche Antworten behandelt. Vielleicht wird dieser Bericht in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit studiert und diskutiert. Aber in der Öffentlichkeit, auf dem Markt der politischen Macht, merkt man nichts davon!

Wer macht dem Arbeitnehmer in diesem Lande klar, daß er in unserem System zwar zur benachteiligten Klasse, in der Menschheit aber zur kleinen hochprivilegierten Minderheit gehört, die Arbeitsplatz, Einkommen, öffentliche Einrichtungen und mächtige Schutzverbände hat? Wer hat den Mut, dem letzten Arbeiter und Angestellten mit Härte zu verdeutlichen, wie sehr schon seine nahe Zukunft und die Lebenschance seiner Kinder davon abhängen, daß jetzt, in den nächsten fünf bis sieben Jahren, ein Mindestmaß an Einkommen, Bildung, sozialem Schutz und politischer Beteiligung für die unaufhaltsam wachsende Milliardenzahl der Ärmsten in den Entwicklungsländern erreicht werden muß, daß dieses Ziel Vorrang haben muß vor Einkommenssteigerungen der bessergestellten Arbeitnehmer in den vollbeschäftigten Industrieländern? Der Kampf zur Überwindung des Kapitalismus muß darunter nicht leiden. Die Gewinne der Unternehmer, der Reichtum der herrschenden Schichten in vielen Entwicklungsländern darf aber auch nicht zum Alibi werden. Wer macht in einer Sprache, die der Arbeiter versteht, deutlich, daß die Massenhaftigkeit der Not, der Zeitdruck aus dem beschleunigten und vorerst nicht aufzuhaltenden Bevölkerungswachstum und der Abnutzung der natürlichen Lebensgrundlagen, daß die sich gleichzeitig noch steigernde Diskrepanz zwischen „Problem-Erzeugung und Problem-Verarbeitungskapazität⁵⁾“ Reformen und Strukturänderungen verlangt, die Opfer, Umstellungsoffer, verlangen? Wer bereitet dieses Volk auf die Mitverantwortung in den Vereinten Nationen vor, die wir bald auch als Mitglied, nebenbei jetzt schon finanziell in erheblichem Maße haben? Aufgabe der Regierung, der Öffentlichkeitsarbeit des BMZ? Ein mittlerer Fabrikbetrieb hat mehr Mittel für seine Werbung zur Verfügung! Auf Presse, Fernsehen, kundige Lehrer und bessere Schulbücher warten? Eine

5) Fritz Scharpf: Langfristplanung und Reformpolitik, Vortragsmanuskript, Konstanz, 6. 1. 1972.

Massenorganisation, die ihren Auftrag immer als Verpflichtung zur schonungslosen Aufklärung und mutigen Führung ihrer Mitglieder verstanden hat, kann sich nicht mit solidarischen Resolutionen auf Gewerkschaftskongressen und Mitarbeit in internationalen Organisationen beschränken.

Die deutschen Gewerkschaften waren gut beraten, nach einigen wenig erfolgreichen Versuchen auf eigene Spendensammlungen und Entwicklungshilfeprojekte zu verzichten. Dem Dilemma zwischen Rücksichtnahme auf extrem antikommunistische US-Gewerkschaften, die die ausbeuterische Wirtschaftstätigkeit und zeitweilig rücksichtslose Machtausübung ihres Landes in Lateinamerika decken und notwendig progressiven sozial- und gesellschaftspolitischen Bildungs- und Beratungsaufgaben, entging man klug durch enge Zusammenarbeit mit unabhängigen und erfahrenen deutschen Stiftungen, die das Erforderliche mit Erfolg betreiben. Das darf aber kein Alibi für Abstinenz an politisch wirksamen, öffentlichen Stellungnahmen, an Meinungsbildung und Aufklärungsarbeit vor allem in den Betrieben sein. Vielfach ist in dieser Zeitschrift und anderen gewerkschaftlichen Organen über die Lage in den Entwicklungsländern berichtet worden. Ausgenommen einige mutige Äußerungen *Heinz Oskar Vettors* ist in den Reden der Verantwortlichen für die Gewerkschaftspolitik und Gewerkschaftsreform außer mitfühlenden und allgemeinen Randbemerkungen zur Entwicklungspolitik wenig zu finden. Die großen Konzerne haben sich nachhaltiger und wirksamer auf Welt als Innenraum und Aktionsfeld eingestellt.

Entwicklungspolitik braucht innenpolitische Macht. Gewerkschaften haben sie. Man kann dem Mann im Betrieb klarmachen, worum es geht. Den Anpassungsproblemen an eine zugleich weiter und enger, vor allem aber dichter und begrenzter gewordene Welt, einer wachsenden Abhängigkeit aller von allen kann so und so nicht ausgewichen werden. In wenigen Jahren wird Entwicklungspolitik das Hauptkonfliktpotential aller Politik sein⁶). Müssen wir warten, bis in kommenden Krisen so viel Angst wirksam geworden ist, daß rationale Entscheidungen kaum mehr möglich sind? Wir alle wissen seit 20 Jahren um die Bevölkerungsentwicklung. Müssen wir warten, bis wir — mit dem Rücken zur Wand — nur noch pausenlos abwehrend reagieren können?

Eine humanere Welt braucht das Engagement der Gewerkschaften

Entwicklungspolitik ist ein Lehrstück, das die differenzierteren Analysen der neueren Imperialismuskritik durchaus bestätigt. Die Entwicklungsländer alimenteren uns in manchen Bereichen. Wir nutzen ihre Schwäche aus. Um das zu ändern, bleibt uns real nur die Chance, die Handlungsspielräume der gegebenen Verhältnisse in täglichen Konflikten zu nutzen — durch Emanzipation der Entwicklungspolitik aus einseitiger Abhängigkeit von Außen- und Wirtschaftspolitik, durch Stärkung der UN-Organisationen, durch Aufklärung der Bevölke-

6) So mehrfach der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Dr. Eppler.

rung, durch Einbringen entwicklungspolitischer Forderungen in die langfristige Aufgabenplanung der Regierung, und nach und nach in die Vorbereitung aller Entscheidungen der Struktur- und Wachstums-, Agrar-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik.

Können wir auf die Hilfe der organisierten Arbeiter dabei rechnen? Auch steigende Haushalts- und Personalstellenansätze sind erforderlich, um für eine wachsende Menschheit Hilfe zur Selbsthilfe leisten zu können. Wichtiger aber werden in Zukunft Zugeständnisse bei Handel und Währung, beim Einräumen von Mitsprache bei wichtigen Entscheidungen der reichen Nationen sein. Darf man in einer Zeit wachsender Schwierigkeiten in Wirtschaft und Finanzwesen bei soviel Reform- und Veränderungserfordernissen im eigenen Land stärkeres Mitdenken, Mitforschen und Mitinformieren durch unsere Gewerkschaften erwarten? Die IG Metall hat mit ihrem internationalen Kongreß vor einigen Monaten einen neuen Anfang gesetzt. Soziale Reform, ökonomischer Fortschritt, ökologisches Gleichgewicht, Sicherheit und bessere Lebensqualität stehen nicht in Konkurrenz zu den Interessen der armen Länder. Entwicklungspolitik bringt unsere Fragen und unsere Krisen auf Weltmaßstab. Werden die Gewerkschaften die Signale weitergeben? Kann man auf Beschlüsse des Bundesvorstandes und auf harte, schonungslose und mutige Worte an die Adresse der Mitglieder und Betriebsvertretungen hoffen; auf Stellungnahmen, die deutlich machen, was die Stunde geschlagen hat? Weltuntergangsgemälde und Bußpredigten sind so nutzlos wie pauschale Klagen gegen Epochen, Systeme oder die ganze Industriezivilisation. Niemand verlangt, von alten Fronten zu desertieren, aber liberale und marxistische Wirtschafts- und Gesellschaftstheorien gehören zum Überbau derselben Industriezivilisation, deren „Geschäftsgrundlage“ fragwürdig geworden ist. Niemand mehr hat das Gesetz der Geschichte auf seiner Seite. Krisen sind sicher, Zusammenbrüche, aber auch humanere Lösungen noch möglich, radikale Veränderungen dazu unausweichlich.

Der Arbeiter hat ein Recht zu erfahren, daß sich „nichts von selbst einspielt“ (Eppler), die Technik nicht automatisch die Probleme der technischen Zivilisation lösen wird, und daß auch von ihm die Lebenschance von Millionen abhängt — von seiner Beteiligung, zumindest von seiner Duldung, oft von seiner Bereitschaft, sich beruflich und örtlich neu einzurichten. Wer anders als seine Gewerkschaft sollte ihm das sagen — wem anders sollte er glauben?